

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des Deutschen Instituts für
Altersvorsorge

12.08.2019



Feldzeit:

09.08. – 12.08.2019

Methodik:

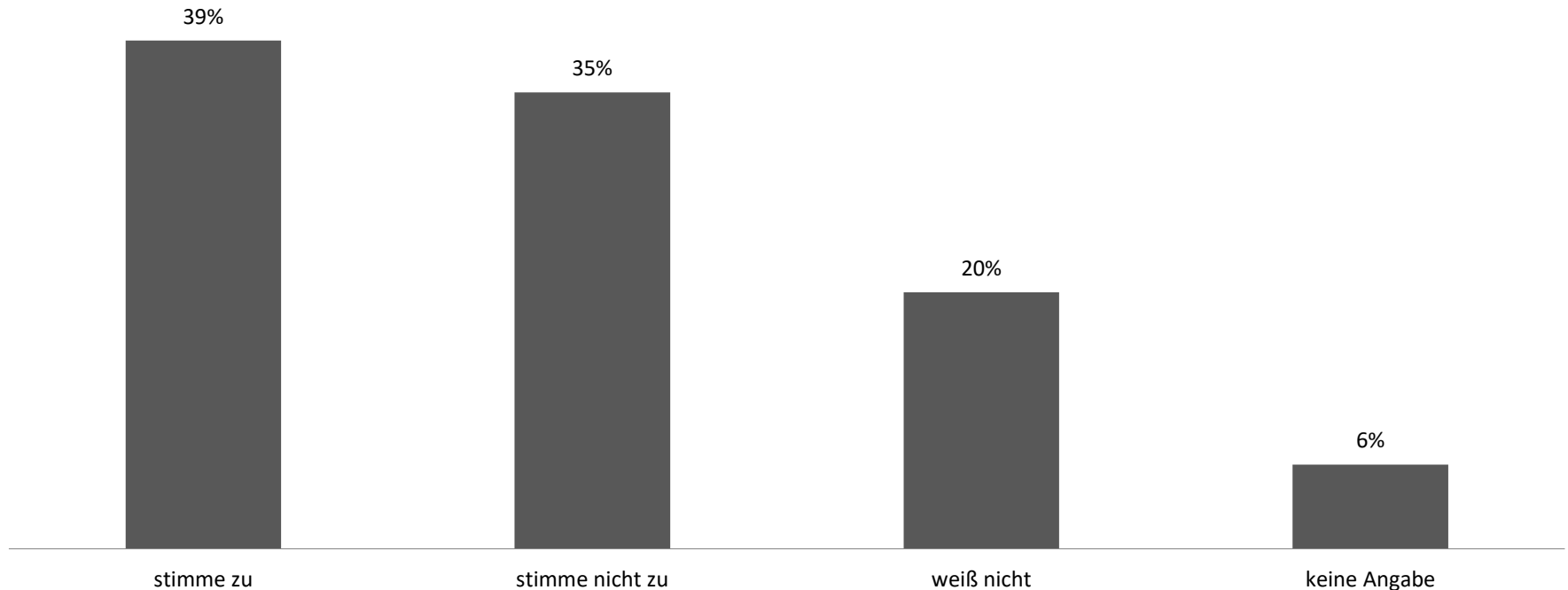
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

2.060 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

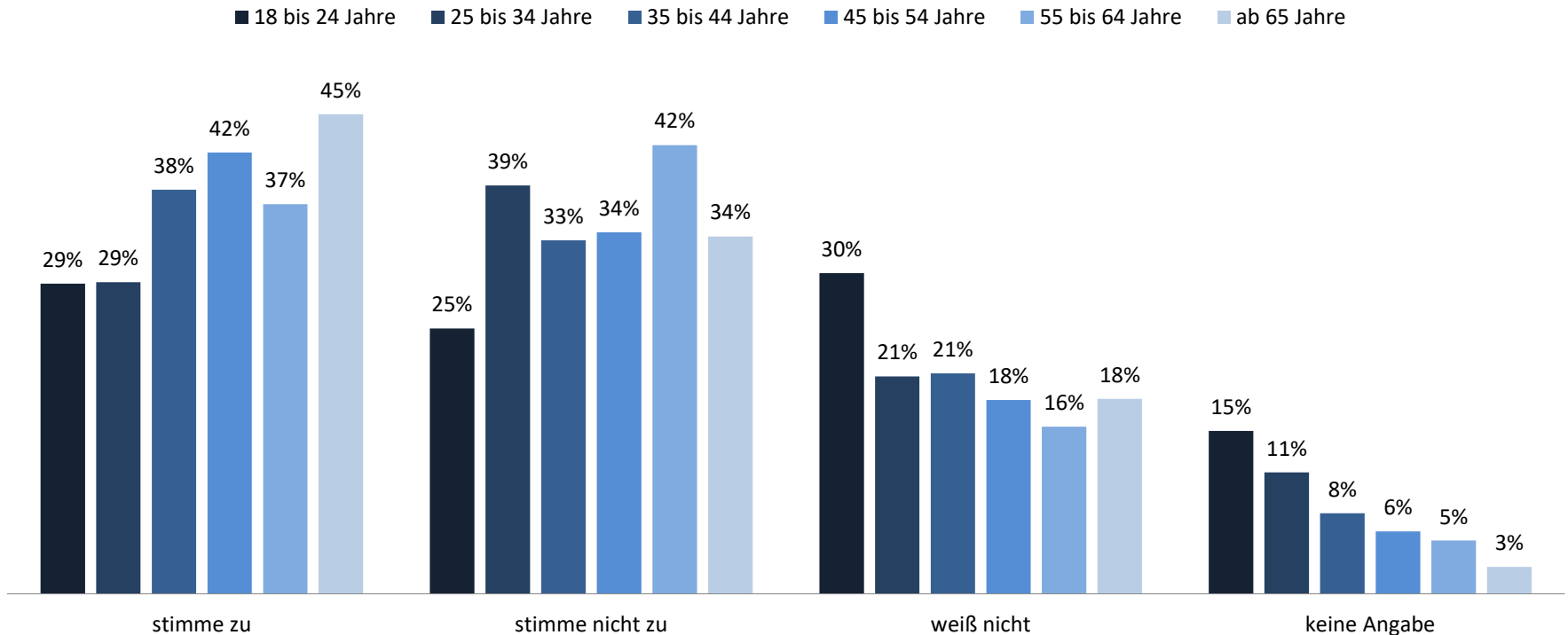
Ein Grund dafür, dass die Altersvorsorge in Deutschland nicht armutsfest ist, ist dass nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen.



Dass die Altersvorsorge in Deutschland mitunter deswegen nicht armutsfest ist, weil nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen, meinen 39 Prozent der Befragten. 35 Prozent stimmen dem nicht zu und ein Fünftel (20 %) weiß nicht, ob dies der Fall ist.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

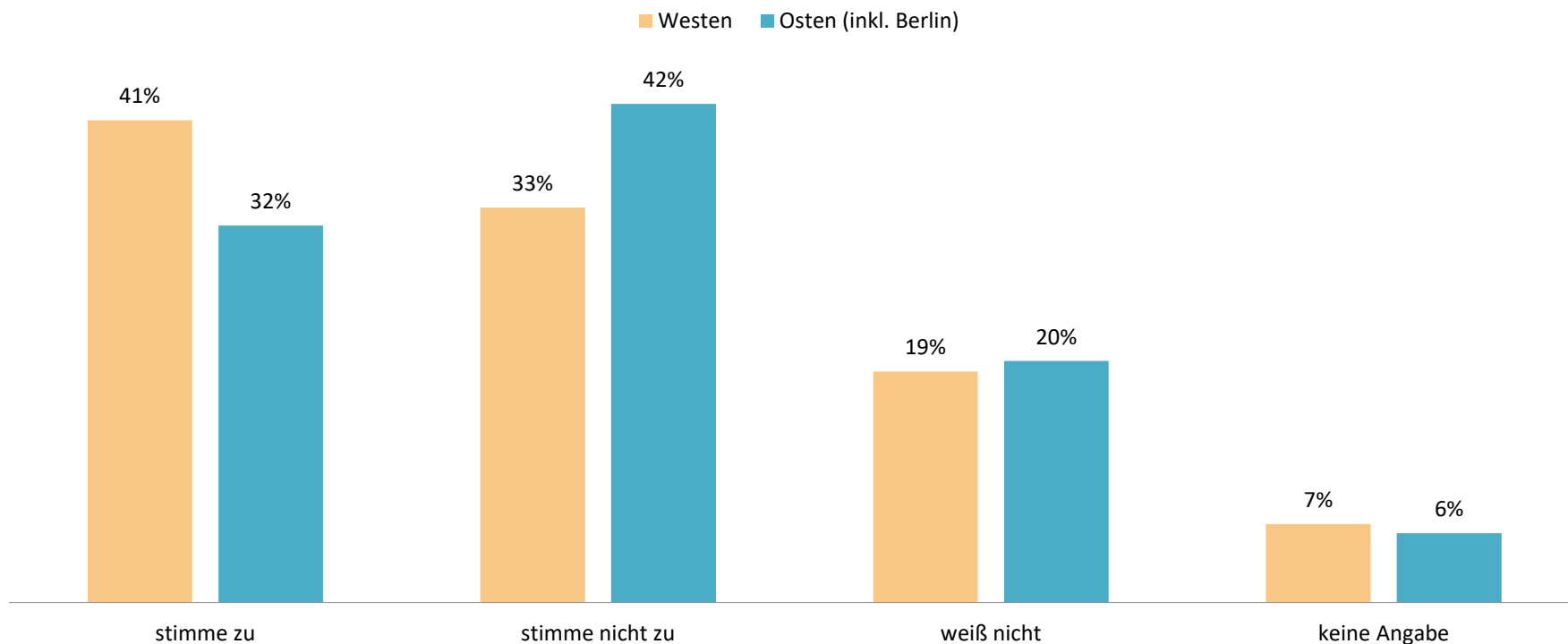
Ein Grund dafür, dass die Altersvorsorge in Deutschland nicht armutsfest ist, ist dass nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen.



Vor allem die jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren geben an, nicht zu wissen, ob dies mit ein Grund ist. Mit steigendem Alter sinkt auch die Anzahl an Befragten, die keine Angabe zur Frage machen. Entsprechend sind die Werte sowohl bei der Zustimmung als auch bei der Ablehnung bei den Befragten höheren Alters größer.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

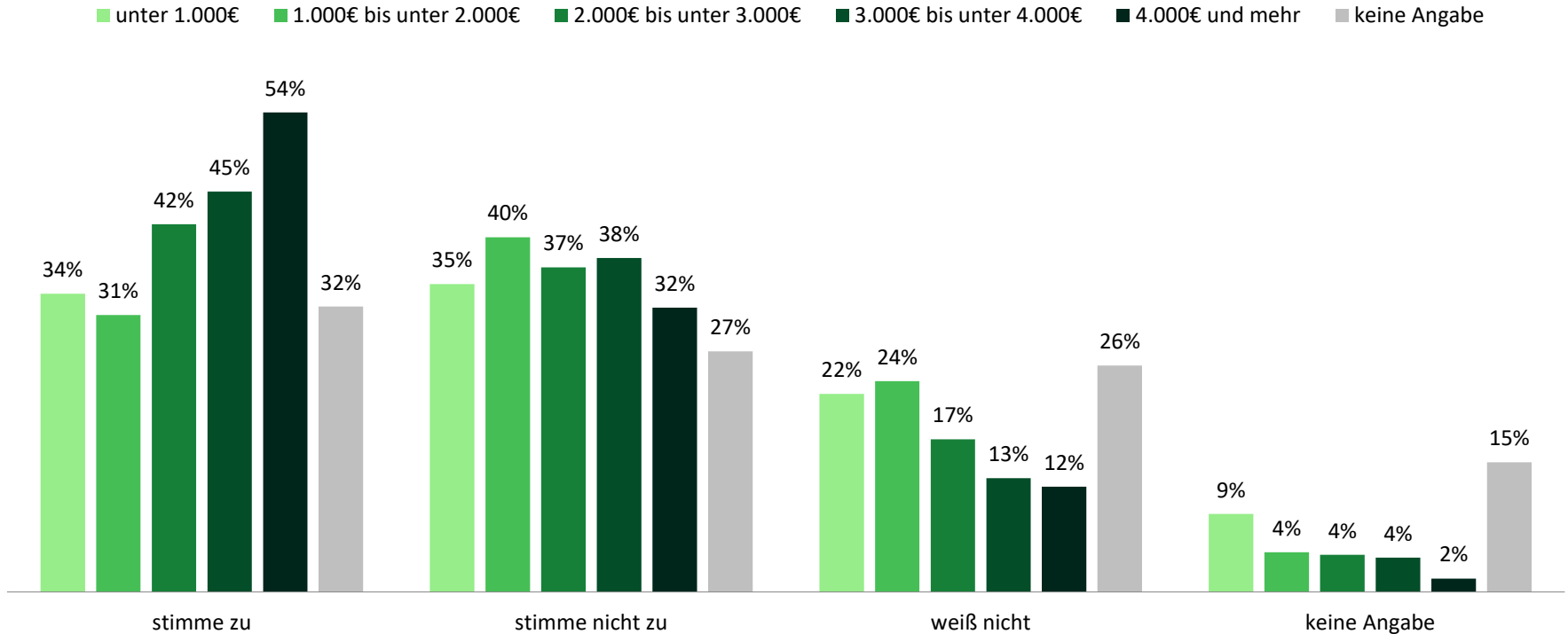
Ein Grund dafür, dass die Altersvorsorge in Deutschland nicht armutsfest ist, ist dass nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen.



Im Westen sind 41 Prozent der Meinung, dass fehlende ergänzende Altersvorsorge ein Grund für die mangelnde Armutsfestigkeit der Altersvorsorge in Deutschland ist, während 42 Prozent der Ostdeutschen diese Meinung nicht teilen. Zugestimmt wird dem von 32 Prozent der Befragten aus dem Osten und Ablehnung findet die Aussage bei 33 Prozent der Befragten aus dem Westen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

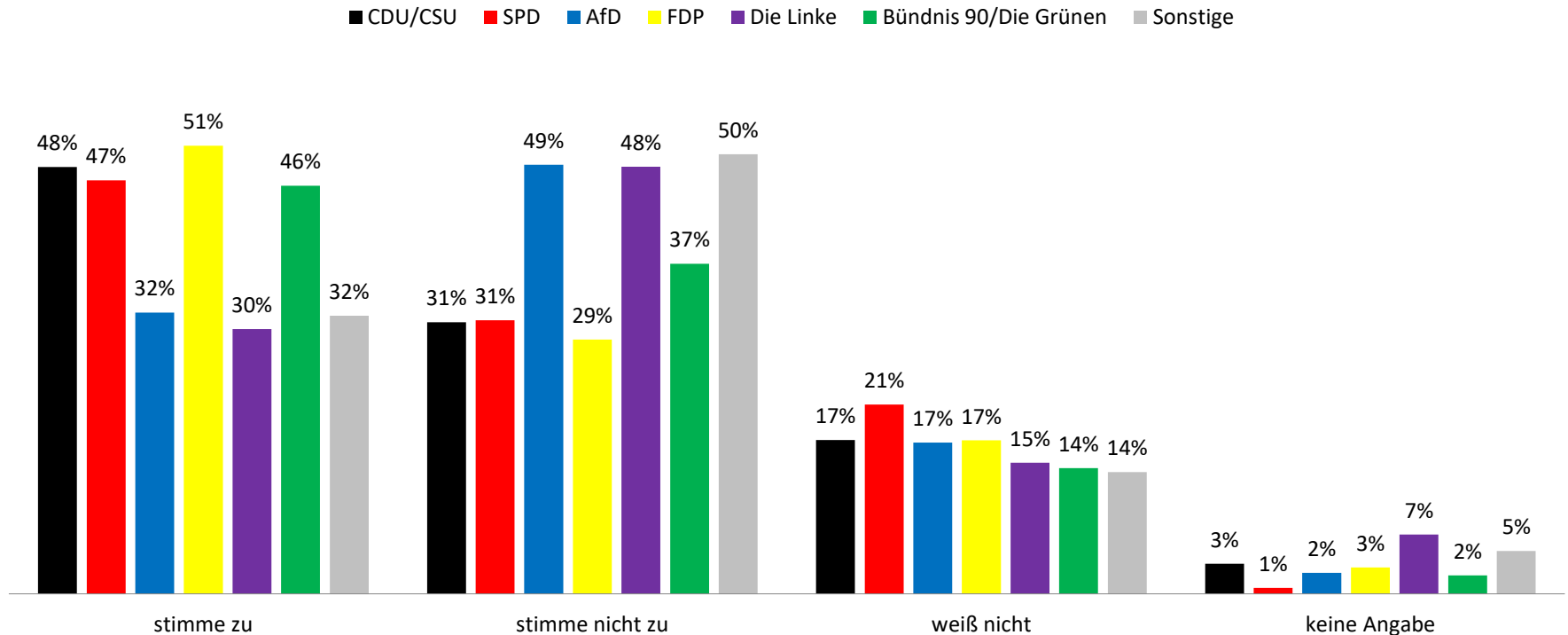
Ein Grund dafür, dass die Altersvorsorge in Deutschland nicht armutsfest ist, ist dass nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen.



Mit steigenden Einkommen stimmen die Befragten häufiger der Aussage zu. Gleichzeitig sinkt auch der Anteil an Befragten, die keine Antwort auf die Frage wissen. Entsprechend sind die Anteile bei der Ablehnung relativ gleichbleibend.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

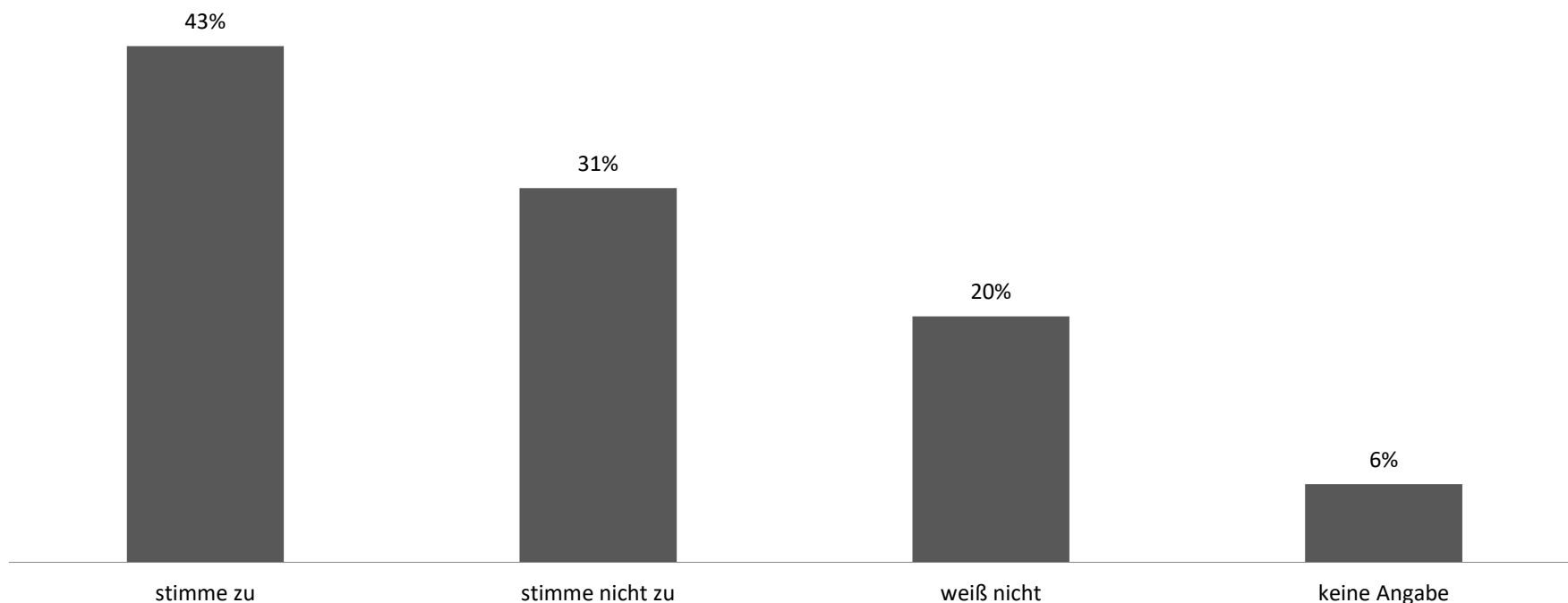
Ein Grund dafür, dass die Altersvorsorge in Deutschland nicht armutsfest ist, ist dass nicht genügend Deutsche über eine ergänzende Altersvorsorge verfügen.



Während 46 bis 51 Prozent der Union-, SPD-, FDP- und Grünen-Wähler der Aussage zustimmen (30-32 % restliche Wähler), wird sie von 48 bzw. 49 Prozent der Linke- bzw. AfD-Wähler abgelehnt (29-37 % restliche Wähler).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

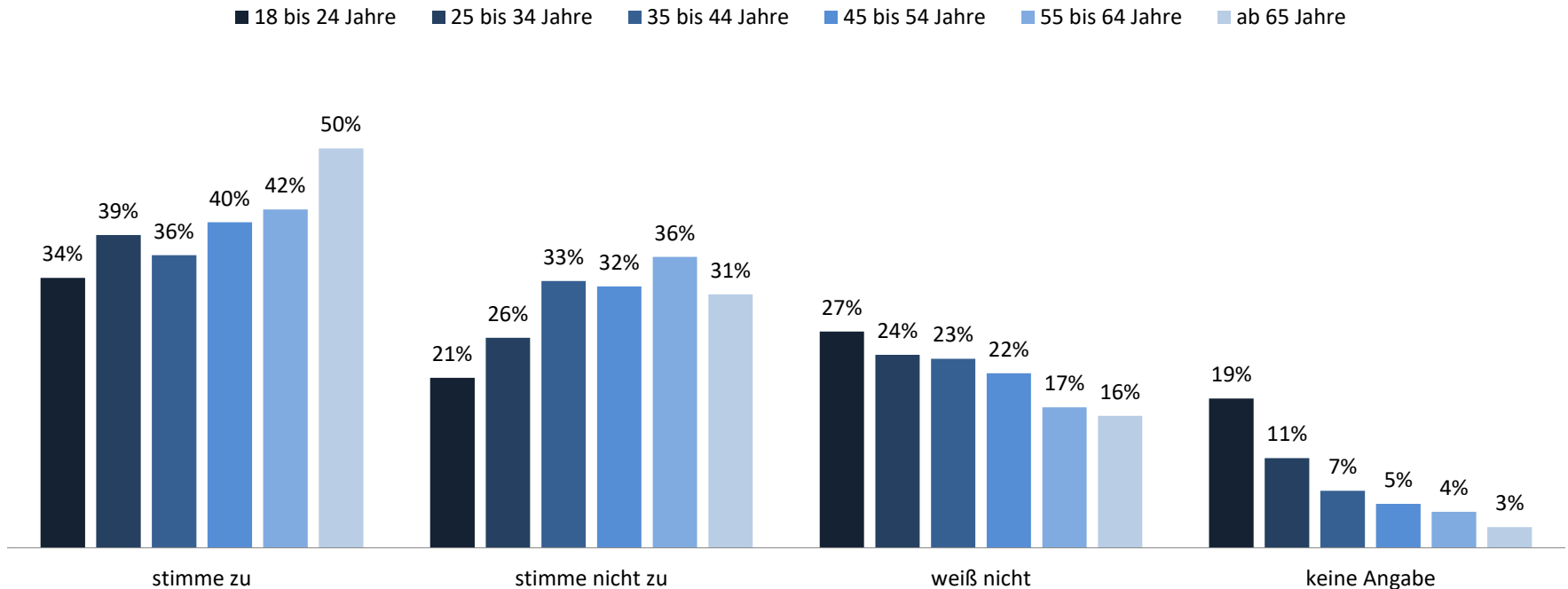
Die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung kann das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern.



43 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern kann. 31 Prozent sind nicht dieser Meinung und auch hier weiß ein Fünftel (20 %) keine Antwort auf die Frage.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung kann das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern.

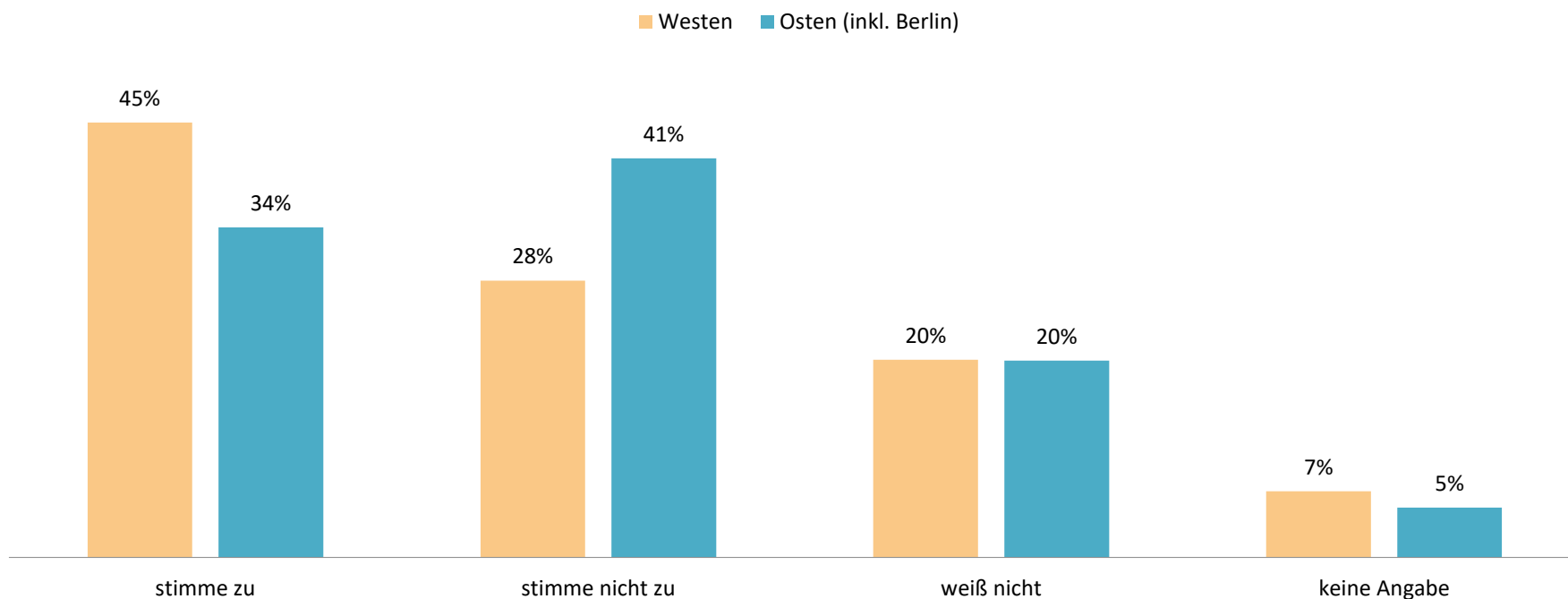


Auch bei dieser Frage zeigt sich, dass die jüngsten Befragten am häufigsten keine Antwort wissen bzw. keine Angabe machen. Hier sinkt der Anteil an „weiß nicht“- und „keine Angabe“-Antworten jeweils kontinuierlich mit dem Alter.

Ersichtlich wird also, dass die Befragten jüngeren Alters sich grundsätzlich weniger mit dem Thema Altersvorsorge auseinandersetzen bzw. auseinandersetzen wollen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

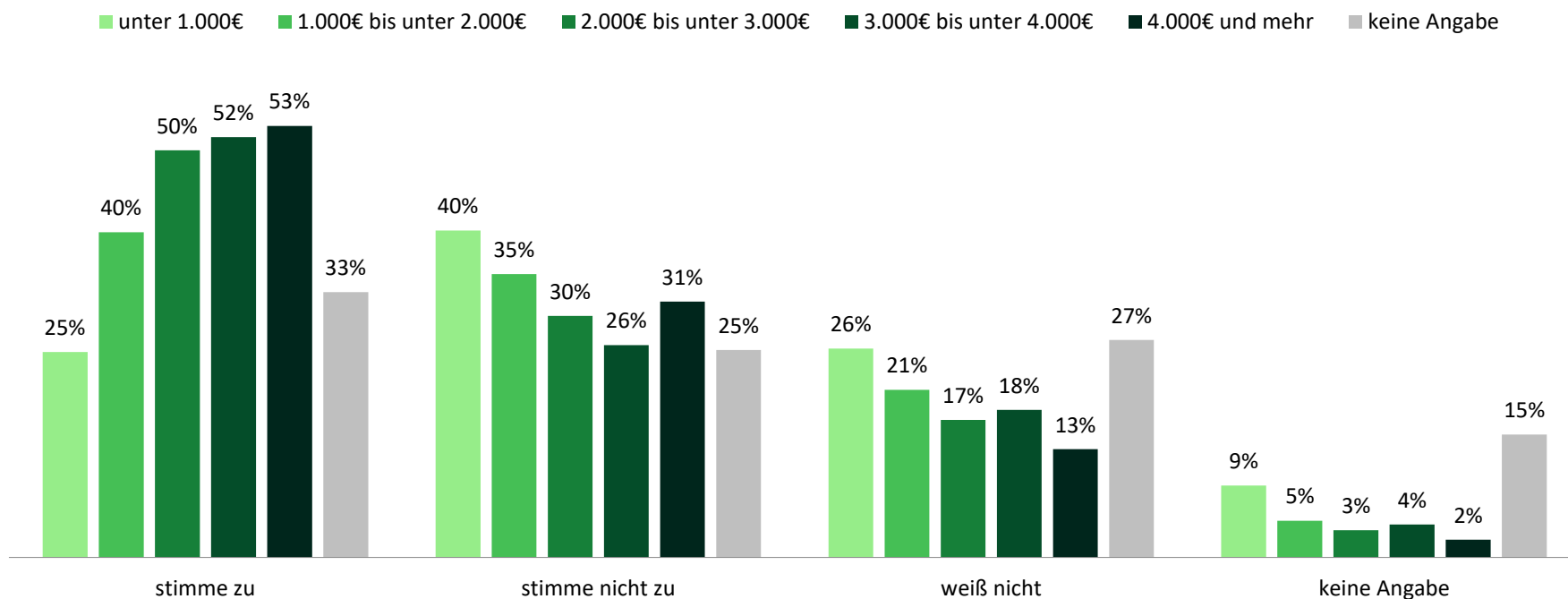
Die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung kann das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern.



Während 45 Prozent der westdeutschen Befragten die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als risikomindernd ansehen, sehen dies im Osten Deutschlands nur 34 Prozent der Befragten so. Dort liegt die Ablehnung bei 41 Prozent, im Westen liegt sie bei 28 Prozent.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung kann das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern.

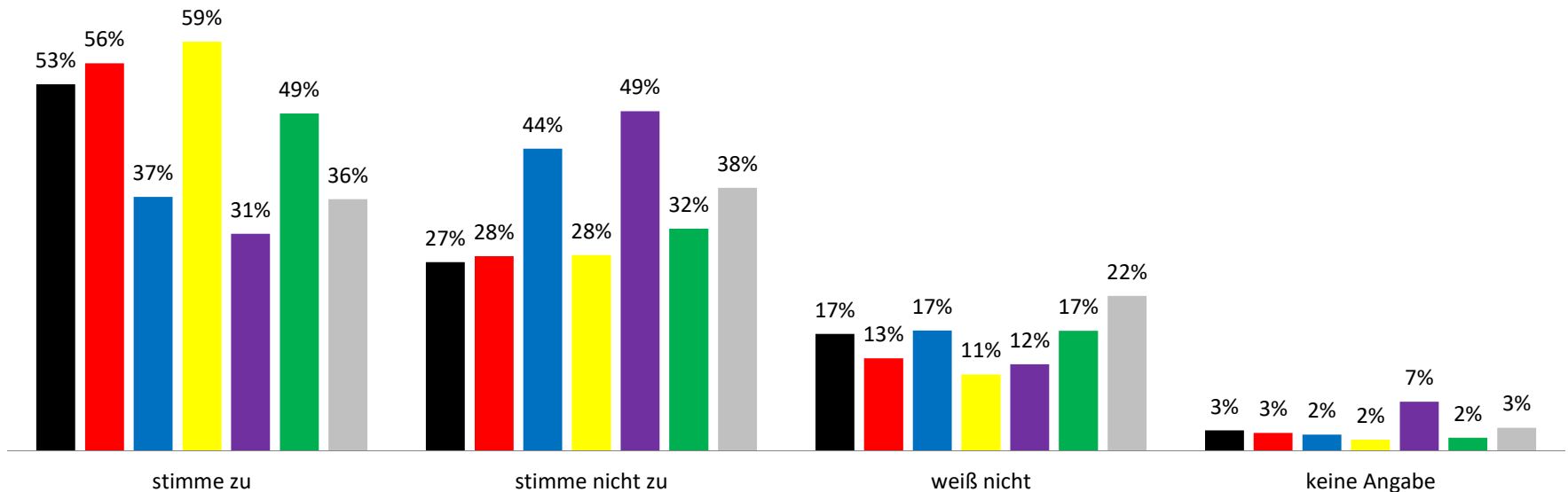


Mit steigendem Einkommen steigt die Zustimmung zur Aussage. Tendenziell sinkt entsprechend die Ablehnung mit dem Alter. Bei den Anteilen an „weiß nicht“- und „keine Angabe“-Antworten sind die Befragten jüngeren Alters leicht häufiger vertreten.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung kann das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern.

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige

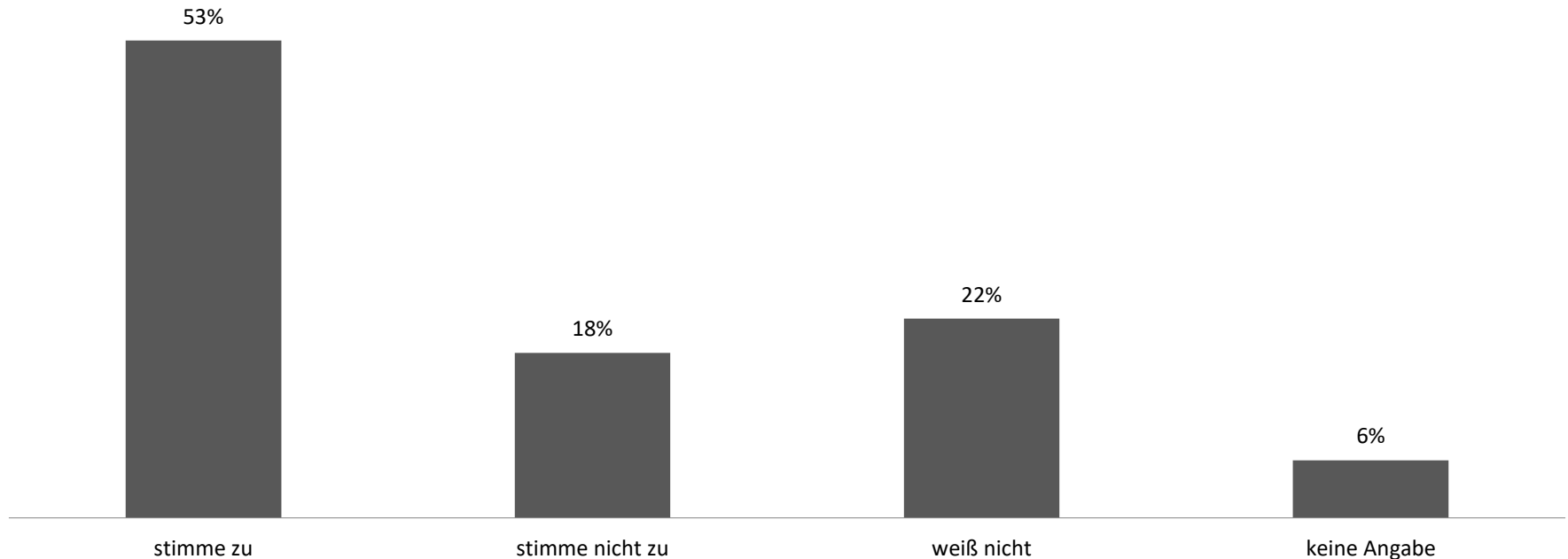


Mehrheitlich bzw. beinahe mehrheitlich (49-59 %) der Meinung, dass eine verpflichtende Altersvorsorge das Risiko der Altersarmut vor allem für Geringverdiener verringern kann, sind die Befragten Wähler der Union, SPD, FDP und Grünen. Wähler der AfD meinen dies nur zu 37 Prozent und Wähler der Linken zu 31 Prozent. Bei diesen beiden Gruppen liegt die Ablehnung bei 49 (Linke) bzw. 44 Prozent (AfD; 27-32 % restliche Wählergruppen).

Auch hier sind sich Wähler der AfD und der Linkspartei also relativ einig und stehen in Opposition zu den restlichen Wählergruppen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Wenn eine verpflichtende Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden sollte, dann sollte diese vom Betrieb getragen werden.

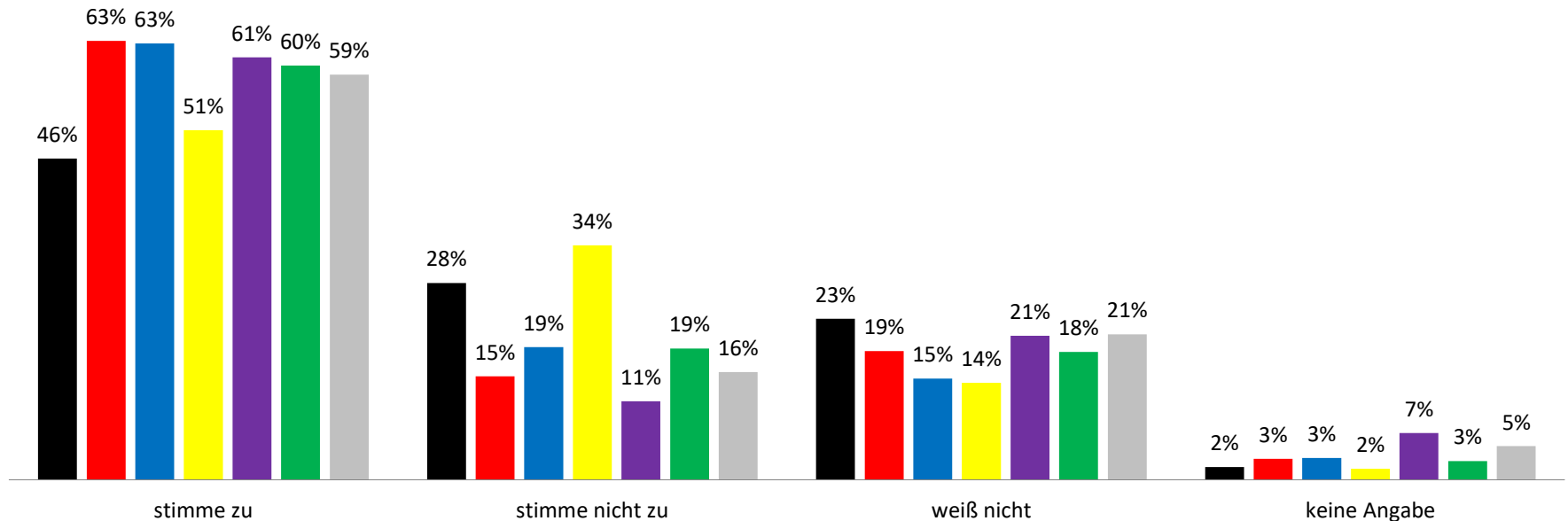


Die Mehrheit der Befragten (53 %) ist der Meinung, dass bei einer verpflichtend ergänzenden Altersvorsorge der Betrieb diese übernehmen sollte. 18 Prozent stimmen dem nicht zu und 22 Prozent wissen keine Antwort.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Wenn eine verpflichtende Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden sollte, dann sollte diese vom Betrieb getragen werden.

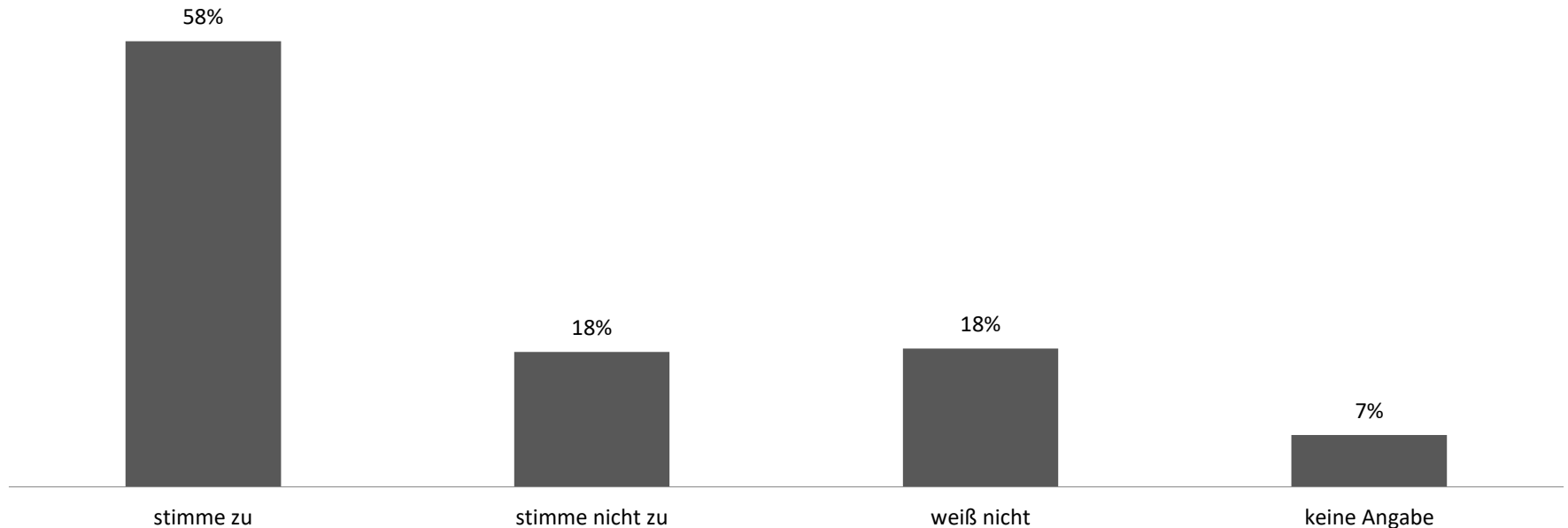
■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige



Wähler der Union und FDP sind am seltensten für eine Übernahme durch den Betrieb (46 und 51 %). Bei den restlichen Wählergruppen bewegt sich die Zustimmung zwischen 60 und 63 Prozent. Entsprechend wird dies von 28 bzw. 34 Prozent der Union- und FDP-Wähler abgelehnt (11-19 % restliche Wählergruppen).

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Bei Einführung einer verpflichtenden, selbst finanzierten ergänzenden Altersvorsorge sollten auch Personen verpflichtet werden, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (z. B. Selbständige, Beamte).

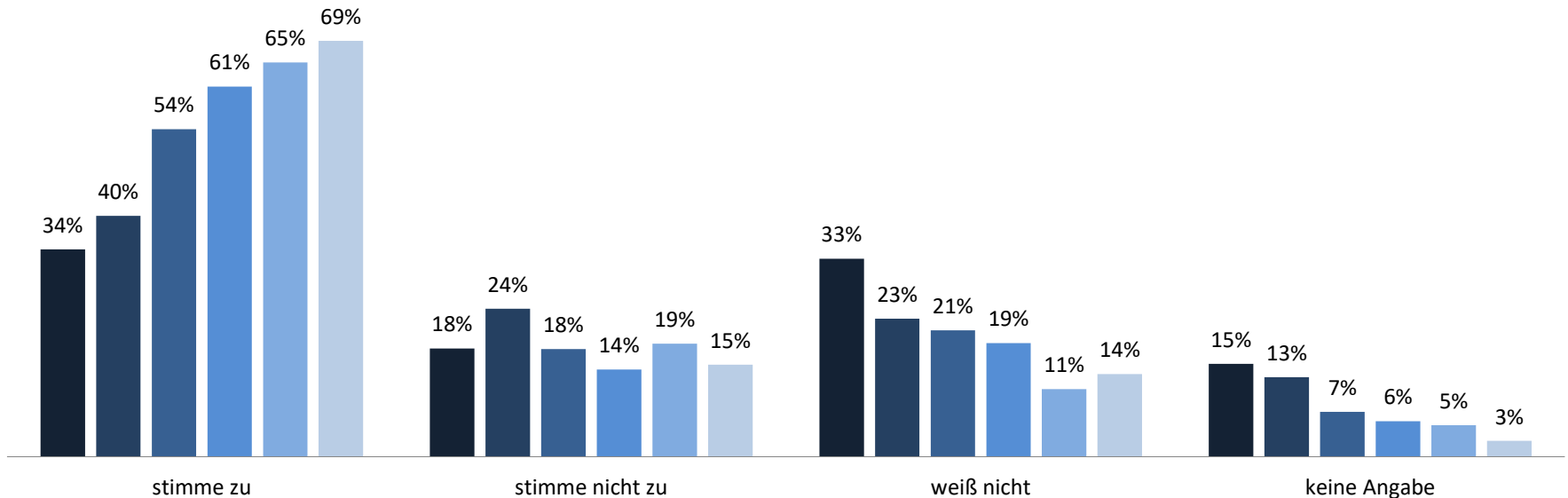


Mehrheitlich sind die Befragten dafür, dass bei einer ergänzenden verpflichtenden Altersvorsorge auch Personen verpflichtet werden, die nicht sozialversicherungspflichtig sind (58 %). 18 Prozent sind dagegen und weitere 18 Prozent wissen keine Antwort auf die Frage.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Bei Einführung einer verpflichtenden, selbst finanzierten ergänzenden Altersvorsorge sollten auch Personen verpflichtet werden, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (z. B. Selbständige, Beamte).

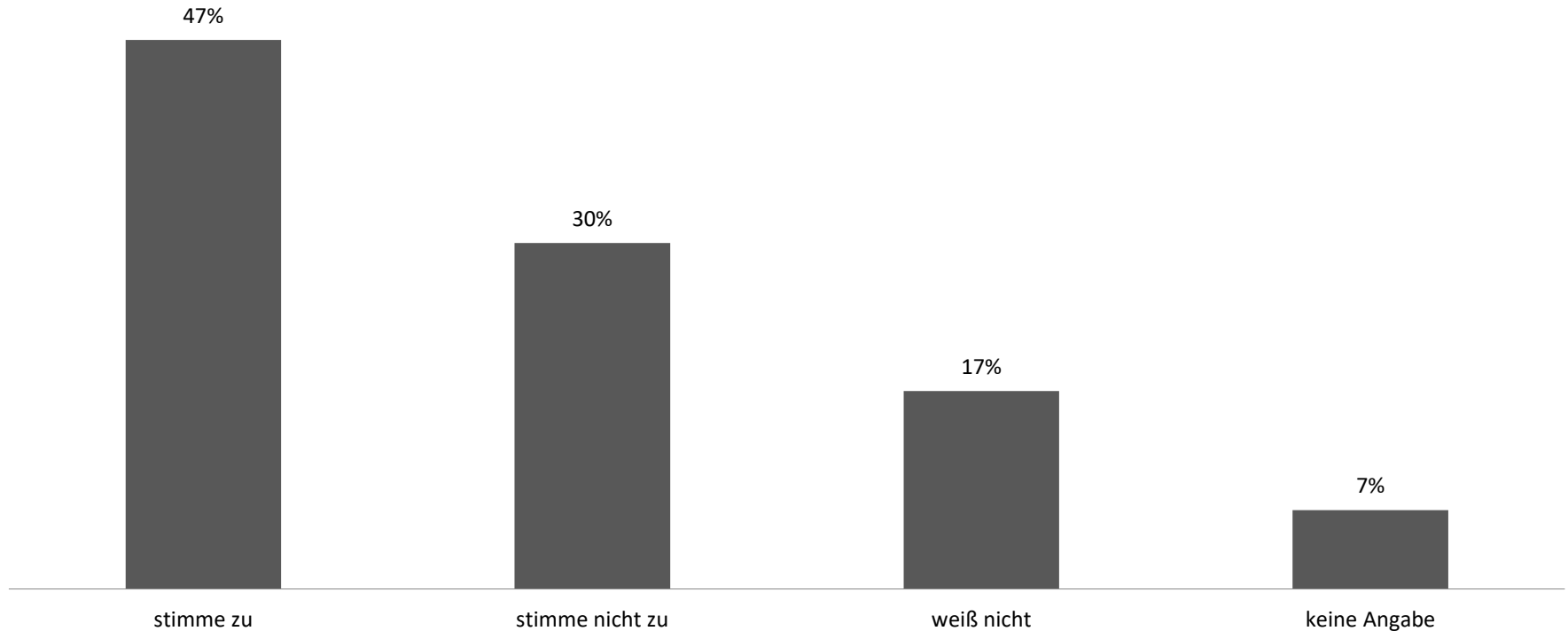
■ 18 bis 24 Jahre ■ 25 bis 34 Jahre ■ 35 bis 44 Jahre ■ 45 bis 54 Jahre ■ 55 bis 64 Jahre ■ ab 65 Jahre



Mit steigendem Alter steigt auch die Zustimmung zur Aussage kontinuierlich. Die Ablehnung bleibt relativ gleich über das Alter verteilt, da sich auch hier wieder zeigt, dass mit dem Alter die „weiß nicht“- und „keine Angabe“-Anteile sinken.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Ich bin generell gegen eine weitere Pflichtabsicherung für das Alter. Ergänzende Altersvorsorge muss freiwillig bleiben.

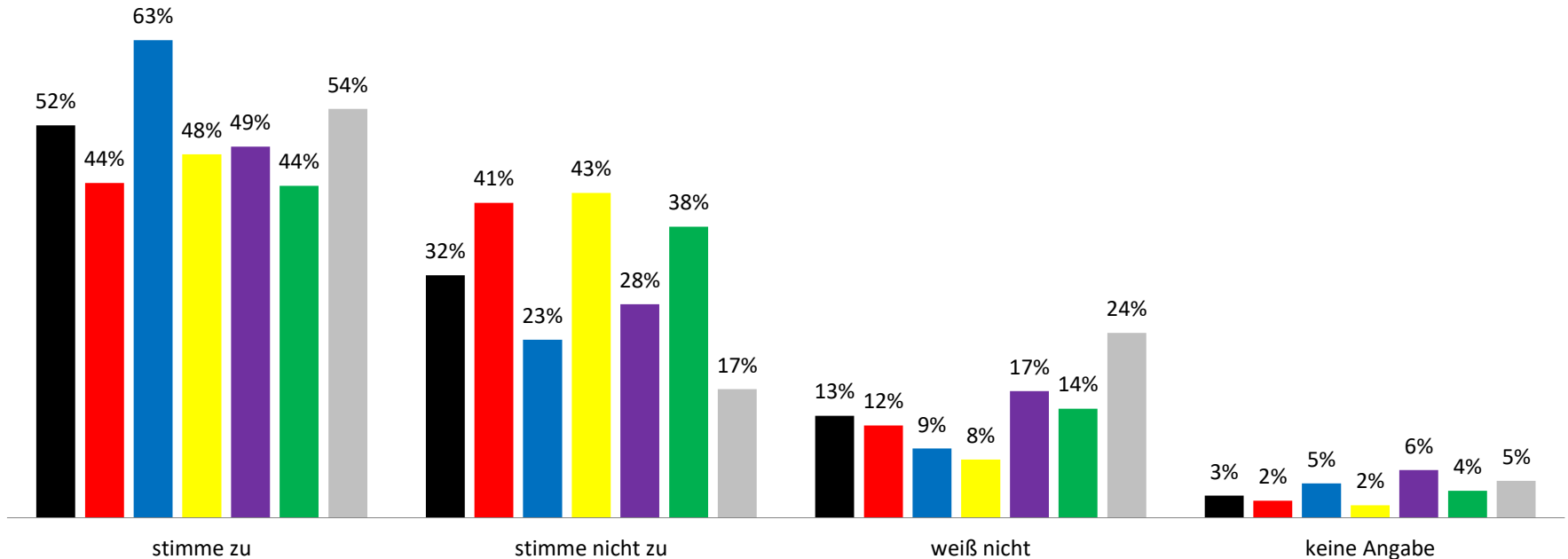


47 Prozent der Befragten sind generell gegen eine weitere verpflichtende Altersvorsorge. 30 Prozent sind nicht generell dagegen und 17 Prozent wissen nicht, wie sie dazu stehen.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Ich bin generell gegen eine weitere Pflichtabsicherung für das Alter. Ergänzende Altersvorsorge muss freiwillig bleiben.

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige



Generell gegen eine weitere verpflichtende Altersvorsorge sind die AfD-Wähler mit 63 Prozent am häufigsten. Bei den restlichen Wählergruppen liegt die Ablehnung einer weiteren Versicherung zwischen 44 und 52 Prozent. Nicht generell dagegen sind die Wähler der FDP (43 %), SPD (41 %) und der Grünen (38 %) am häufigsten (23-32 % restliche Wählergruppen).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.